

Gegen Neonazis und Rassismus, für mehr Demokratie

Für Bürgerrechte und Frieden

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich seit ihrer Konstituierung der Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse verschrieben. Aktivitäten gegen erstarkende neofaschistische und rassistische Tendenzen bildeten einen Schwerpunkt der Fraktion. In mehreren Kleinen Anfragen und einer Großen Anfrage fragten wir bei der Landesregierung Informationen zu neonazistischen Gewalt- und Propagandadelikten, Aktionen der explizit antimuslimischen Rechtspartei „pro NRW“ sowie den vom Landeskriminalamt und so genannten Verfassungsschutz geführten Statistiken zu rechten Straftaten ab. Außerdem beteiligte sich die Fraktion auch auf der Straße am Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus. So nahm etwa das Gros der Fraktionsmitglieder und Mitarbeiter an den vom Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ organisierten Protesten gegen den jährlich von den militanten „Autonomen Nationalisten“ ausgerufenen „Nationalen Antikriegstag“ im September 2010 in Dortmund teil. Am Gelingen der erfolgreichen Blockade des neofaschistischen Großaufmarsches im Februar 2011 in Dresden war die NRW-Linksfraktion ebenso beteiligt wie bei antifaschistischen Protesten in Wuppertal und anderswo in NRW.

DIE LINKE ist zudem die einzige Kraft im Landtag, die sich stets mit den Opfern rechter und rassistischer Gewalt solidarisiert und Druck auf die Landesregierung ausübt, endlich fachgerechte Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt zu finanzieren. Zwar wurde der politische Antrag der Fraktion bei Enthaltung der FDP von allen anderen Fraktionen niedergestimmt. Die rot-grüne Landesregierung sah sich aufgrund des kontinuierlichen Drucks der Fraktion DIE LINKE aber immerhin ge-

nötigt, 300.000 Euro für die geforderten Beratungsstellen in den Landeshaushalt einzustellen. Nun werden wir weiter Druck machen, damit diese Stellen fachgerecht eingerichtet werden. Viele tausend Menschen leben mit prekärem Aufenthaltsstatus in NRW,

Bärbel Beuermann auf einer öffentlichen Pressekonferenz des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer“ im Vorfeld eines Neonazi-Aufmarsches im September 2010 in Dortmund-Dorstfeld.



mit Duldung oder sogar ganz ohne Papiere. Sie sind am stärksten an den Rand der Gesellschaft gedrängt, haben oft traumatisierende Fluchtgeschichten hinter sich und verdienen deshalb unsere größte Solidarität. Einen ersten Erfolg in der Flüchtlingspolitik konnte DIE LINKE verbuchen, als der Landtag noch im Juli 2010 dem Antrag der Fraktion zustimmte, die so genannte Residenzpflicht für Flüchtlinge abzuschaffen. Zumindest innerhalb von NRW können sich Menschen mit Duldung und Asylbewerber/-innen nun frei bewegen, ohne Angst vor Ausweiskontrollen haben zu müssen. Um die bundesweite Abschaffung kämpfen wir weiterhin auf allen Ebenen.

Genauso engagiert, aber weniger erfolgreich waren wir beim Kampf gegen Abschiebungen. Zwar konnte auf Druck der Fraktion DIE LINKE über die Wintermonate ein Abschiebestopp für Roma, Ashkali und Ägypter aus Serbien und Kosovo durchgesetzt werden, die Abschiebungen gehen jedoch seit dem Frühjahr wieder weiter. Regelmäßig sind wir dann am Düsseldorfer Flughafen und protestieren mit antirassistischen Gruppen gegen die Sammelabschiebungen. Und auch auf parlamentarischer Ebene setzen wir uns für eine wirksame Bleiberechtsregelung ein, insbesondere für Roma, die europaweit massiven rassistischen Verfolgungen ausgesetzt sind und für die eine historische Verantwortung besteht.



Im Landtag von NRW kämpft DIE LINKE mit zahlreichen Anträgen gegen Abschiebungen. Abgeordnete der Fraktion, hier Ali Atalan (3. von links), beteiligen sich regelmäßig an Protestaktionen gegen Abschiebungen aus NRW, wie etwa im April 2011 vor dem Flughafen Düsseldorf.

Von einer Anfang dieses Jahres gestellten Großen Anfrage an die Landesregierung erwarten wir uns grundlegende Informationen über die Situation von Frauen im Strafvollzug in NRW, über den Umgang mit ihren besonderen Bedürfnissen und Problemen. Darauf aufbauend werden wir Initiativen für die Verbesserung der Lebenssituationen der Frauen im Vollzug, aber auch Möglichkeiten der Haftvermeidung erarbeiten.

Die friedenspolitischen Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE konzentrierten sich in unserem ersten Jahr im Landtag auf den Einsatz von NRW-Polizisten in Afghanistan. So forderten wir in einem Antrag den sofortigen Abzug der Beamten/-innen aus Afghanistan. Denn die deutsche Hilfe beim Aufbau der afghanischen Polizei dient ganz offensichtlich nur dem Aufbau eines weiteren hochkorrupten Unterdrückungsapparates, der letztlich in den Händen von Warlords, Drogenbossen und Kriegsverbrechern liegen wird. Doch auch vor Ort in NRW haben wir friedenspolitische Ansatzpunkte, zum Beispiel im Gebiet Senne-Egge/Teutoburger Wald. Die Fraktion beantragte die umgehende Umwandlung des von den britischen Streitkräften genutzten Truppenübungsplatzes in einen Nationalpark. Diese Forderung entspricht auch dem Standpunkt der lokalen und überregionalen Naturschutzverbände, Umwelt- und Friedensinitiativen und der protestierenden Bevölkerung.

**AUF EIN
WORT**

Ali Atalan

Münster

Sprecher für Migration,
Petitionen, Frieden



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... die offenbar organisierte Hetzkampagne der Medien gegen DIE LINKE NRW kurz nach der Landtagswahl.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... man Stärkung der außerparlamentarischen Arbeit und konkretes Wirken im Landtag koordiniert machen kann.

Links wirkt, weil ...

... die Fraktion ein wenig zur Belebung der Demokratie beiträgt. Wir machen deutlich, dass ein grundlegender Systemwechsel nötig und auch möglich ist.

Ein wichtiges Projekt war für die Fraktion die Umbenennung unseres Fraktionsvorstandsraums. Im Rahmen eines kleinen Festes am 25. März 2011 wurde der Saal nach unserem Genossen Jupp Angenfort getauft. Angenfort, ehemaliger KPD-Landtagsabgeordneter und bis zu seinem Tod im März letzten Jahres engagierter Antifaschist, war und ist vielen von uns in unserem Bemühen um Frieden und soziale Gerechtigkeit ein Vorbild. Seine Geschichte ist eng verknüpft mit der des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Die Unterdrückung, die er im Kalten Krieg durch westdeutsche Behörden erfuhr, steht symbolisch für die vieler Genossinnen und Genossen. Unsere Entscheidung, unseren Vorstandsraum nach ihm zu benennen, soll uns zugleich erinnern, allen Anfängen zu wehren und aufmerksam zu verfolgen, wie der politische Diskurs im Lande ausgetragen wird.

Kurz nach der Landtagswahl hat die Massenpanik bei der Loveparade in Duisburg, bei der 21 junge Menschen getötet und mehrere hundert Personen teils schwer verletzt wurden, die Ereignisse überschattet. Um die Ereignisse und Verfehlungen, die zu der Tragödie führten, umfassend aufzuklären, machte sich die Fraktion unter anderem für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stark, für den sich jedoch nur noch die FDP aussprach. Auch eine Aktuelle Stunde zur Informationspolitik des Innenministers in diesem Zusammenhang brachte die Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung des Landtags.

Bei einem anderen innenpolitischen Thema haben wir – wie überhaupt sehr oft – SPD, Grüne und FDP zum Jagen tragen müssen. Aber letztlich ist es beschlossen: Die Bevölkerung in NRW kann nun selbst die Abwahl von (Ober-)Bürgermeistern/-innen



Wenige Wochen nach Beginn der Arbeit der LINKEN im Landtag ereignete sich die Katastrophe bei der Loveparade in Duisburg mit 21 Toten, hunderten Verletzten und Traumatisierten. DIE LINKE fordert nach wie vor Aufklärung, wie es zu dem Unglück kam. Für die Fraktion legte Anna Conrads am 27. Juli 2010 Blumen im Karl-Lehr-Tunnel nieder.

und Landräten/-innen initiieren. Dies ist der erste Gesetzentwurf der LINKEN, der eine Mehrheit im Landtag gefunden hat, ein erster Schritt hin zu mehr Demokratie in NRW. Leider haben SPD und Grüne im parlamentarischen Verfahren wesentlich höhere Einleitungsquoren als von uns vorgesehen durchgesetzt. Das heißt, ein Abwahlverfahren wird nur möglich und eine Abwahl nur gültig, wenn sich ein bestimmter – hoher – Prozentsatz der Bevölkerung daran beteiligt. Die Fraktion DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass diese Quoren so weit gesenkt werden, dass diese Form demokratischer Mitbestimmung einfacher zu nutzen wird.

Ein anderer Themenkomplex, der uns seit unserer Wahl in den Landtag begleitet, ist der Datenschutz. So haben wir SPD und Grüne dazu gebracht, mit uns gemeinsam einen Antrag für eine Bundesratsinitiative für ein Moratorium des Elektronischen Entgeltnachweises ELENA einzureichen. Als einzige Fraktion haben wir gegen die aktuelle Volkszählung gestimmt.

**AUF EIN
WORT**

Özlem Alev Demirel

Köln

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Kommunales,
Bauen, Wohnen



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... als der Landtag das Ende der Studiengebühren in NRW beschloss und dass die Abwahl von Bürgermeister/-innen nun durch die Bevölkerung eingeleitet werden kann!

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... SPD und Grüne so kaltschnäuzig ihren eigenen Koalitionsvertrag brechen und die Forderungen aus ihrer Zeit in der Opposition so schnell ins Gegenteil wenden. Noch vor der Landtagswahl haben sie zum Beispiel gefordert, die Wohnungsbauförderung auf eine Milliarde Euro zu erhöhen. Heute beschließen sie nur noch ein Volumen von 800 Millionen.

Links wirkt, weil ...

... durch uns SPD und Grüne immer wieder an ihre Wahlversprechen erinnert werden, die sie ohne uns noch schneller vergessen würden. Wir machen Druck.